

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

10 Nummern S 150 (inkl. Postzustellung)
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr. 119.471

(OPPOSITION)

Redaktion und Administration:
XVI, Kirchstetterngasse 19/10, Tel. R-30-9-58

Preis 15 Groschen

Oktober 1932

6. Jahrgang, Nr. 111

Streikwelle über Deutschland

Nach dem Wirtschaftsprogramm mit seinen Milliardenbeschenken an die Industriekapitalisten, nun das Agrarprogramm mit seinen Milliardenbeschenken an die Agrarkapitalisten. Auf Kosten der Massen versteht sich, auf deren Rücken Papen das deutsche Kapital über die Krise führen will. Als ersten Schritt zur Schaffung eines imperialistischen Heeres, das der deutschen Bourgeoisie ausländische Märkte unterwerfen soll — in erster Linie Sowjetrußland — haben die Hindenburg-Papen ein «Reichskuratorium für Jugendertüchtigung» gegründet, das den Stahlhelm, die SA und das Reichsbanner umfassen soll, unter Ausschluß der kommunistischen Wehrgeneration. Die Neuwahl des Reichstages ist auf den 6. November ausgeschrieben. Bis dahin glaubt Papen, daß sein Arbeitsbeschäftigungsschwindel noch vorhalten werde. Er hofft, die Deutschnationalen auf Kosten der Nazi zu stärken und durch eine Koalition der

wechselweiser Ausnützung des faschistischen und des sozialdemokratischen Lakaien den deutschen Bonapartismus parlamentarisch zu pölnen.

Die Unzufriedenheit im Nazilager ist groß. Die SP spricht vom Konkurs des kleinbürgerlichen Faschismus, Hitler habe in Deutschland ausgespielt. Die Stalin-Presse haut in dieselbe Kerbe. Daß Papens Rechnung nicht stimmt, die auf der Annahme aufgebaut ist, die Wirtschaftskrise sei bereits am Ende, erkennt selbst die «Arbeiter-Zeitung». Sie stellt die Frage an die deutsche Bourgeoisie: Was dann? Sie hofft auf die Antwort: Überwindung der Krise auf Kosten der Massen durch — Koalition mit der SP. Die Bourgeoisie nützt den sozialdemokratischen Diener aus und wird ihn weiter bis zur Neige ausnützen. Jetzt versucht sie es mit dem Bonapartismus. Wenn dieser nicht ausreicht, wird sie es mit dem letzten Mittel versuchen, mit dem Faschismus. Der Nationalsozialismus ist in einer Krise. Aber selbst der deutsche Bonapartismus könnte sich nicht halten ohne die Nazis und, da der Bonapartismus versagen muß, versagen wird, so wird und muß die Bourgeoisie zum Faschismus übergehen.

Die Sozialdemokratie registriert, als ob nichts geschehen wäre, die Tatsachen: «Vierzehn Jahre nach der Revolution ist der Obrigkeitstaat wieder erstanden...» «Europa ist auf dem besten Wege zum Wettrüsten, zur Wiederholung von 1914...» Mit Verlaub, Ihr Herrschaften, Ihr überspringt eine Kleinigkeit: Dazwischen liegen dreizehn Jahre sozialdemokratischer Politik! Dreizehn Jahre Koalitionspolitik! So hat sich Eure Politik bewährt, so ausgewirkt, daß die Arbeiterklasse dort steht, wo sie heute steht. Das beginnen breite Teile der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu erkennen, eine tiefe Gärung geht durch die SP in Deutschland und auch in Oesterreich. Die Sozialdemokratie macht Radikalismus in Worten und Gesten, fest entschlossen zur positiven Mitarbeit in Wirtschaft und Gesellschaft, zur Koalitionspolitik. Ihr höchstes Ziel ist und bleibt, «wieder mitzuarbeiten» in der Regierung.

Dank der Stalinschen Bankrott-politik ist die KPD zu einer parlamentarischen Konkurrenzpartei hinabgedrückt. Wohl ruft sie nach dem Massenkampf. Doch der bloße Ruf genügt nicht, die Millionenmassen zum proletarischen Kampf wirklich zu mobilisieren. Wohl wiederholt sie das Angebot vom 25. April, von dem sie sich inzwischen wieder gedrückt hatte: «Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind und die gegen Lohn- und Unterstützungsraub, gegen Unterdrückung und Faschismus zu kämpfen gewillt sind, gemeinsam den Kampf aufzunehmen.» Allein, all dies bleibt nur bedrucktes Papier. Gerade das, was nötig ist, um mit diesem Ruf die Massen wirklich in Schwung zu setzen, das durch Massendruck von unten vorbereitete, öffentliche

Spitzenangebot

an die SPD und Gewerkschaften

zur Kampfeinheitsfront auf der Grundlage eines konkreten, vom Standpunkt der Massen annehmbaren Aktionsprogramms, gerade das tut die Stalin-Bureaukratie nicht. Sie richtet ihren Ruf nur an die unteren Organisationen der SP und der Gewerkschaften, sie fordert sie auf, sich gegen den Widerstand der Spitzen mit der KPD zum gemeinsamen Kampf zu vereinigen. Es wäre ausgezeichnet, wenn die

unteren sozialdemokratischen Organisationen der Einladung der KP entsprächen, das wäre wirklich im Interesse des Proletariats. Aber sie tun's nicht. Diese Tatsache beweist, daß die Taktik des bloßen Einladens unzulänglich, falsch ist. Denn so muß die Taktik der Partei sein, daß sie die sozialdemokratischen Arbeitermassen in eine Kampffront mit den kommunistischen Arbeitermassen mobilisiert, trotz der Sabotage der reformistischen Führer. Das geht nur, indem die Partei, nachdem sie einen starken Massendruck dafür von unten entfacht hat, durch ein Angebot an die sozialdemokratischen Spitzen mit Hilfe des Massendruckes von unten die proletarische Einheitsfront erzwingt. Die Stalin-Bureaukratie will das nicht tun, weil das voraussetzt, daß sie ihre politische Bankrottlinie offen einbekennen müßte.

So liegt gegenwärtig die ganze Hoffnung der Arbeiterklasse

bei den Arbeitern

bei den Kommunisten, bei der Linksoption. Die Arbeiter beginnen sich zu wehren, eine Welle von Streiks geht über Deutschland und verhindert Papens Lohnabbau. Die Arbeiter müssen ihren Kampf an der Lohnfront verbreitern zum Kampf an der ganzen Front gegen Kapitalismus, Bonapartismus, Faschismus! Die Arbeiter

müssen die Einheitsfront erzwingen, sie müssen überall

Einheitskomitees

bilden, in den Betrieben, in den Vermittlungen, deren Hauptaufgabe ist, die Widerstände, die sich der proletarischen Einheitsfront entgegenstellen, zu überwinden: den Verrat der SP auf der einen Seite, die nach wie vor Koalition mit der Bourgeoisie treibt — die Bankrottspolitik der Stalin-Bureaukraten auf der anderen Seite, die der sozialdemokratischen Einheitsfrontsabotage die Mauer macht, weil sie fürchtet, durch ein Bekenntnis ihrer schweren Fehler die führende Rolle in der KP zu verlieren.

Wie in der SP, so gärt es auch in der KP. Die Erkenntnis, daß die Stalinsche Linie der Partei von Grund aus verfehlt ist, gewinnt an Boden, die Gedanken und Vorschläge der Linksoption beginnen in der Partei Wurzel zu schlagen. Der Gang der Ereignisse wird das verstärken und beschleunigen und so herbeiführen die Initiative der KPD zu einem Spitzenangebot. Mit Hilfe des von ihr entfachten Druckes der Massen wird die KPD die proletarische Kampfeinheitsfront erzwingen. So wird sie die Arbeiterklasse instand setzen, die Pläne des Bonapartismus und des Faschismus zu durchkreuzen und beide aufs Haupt zu schlagen.

Kurs auf Papen in Oesterreich

Koalitionspolitik und Scheinkampf

Mit der Ausfuhr sinken die Einnahmen aus den Zöllen, mit dem Massenkonsum die Einnahmen aus den Steuern. Die Schraube der Krise macht das Loch im Budget immer größer. Die Bourgeoisie denkt nicht dran, in die Tasche zu greifen. Sie plant neue gewaltige

Erhöhungen der Massensteuern

und einen neuen riesigen

Personalabbau.

Der Regierungskurs soll noch verschärft werden: also Polizei und Gendarmerie sollen in die Hände der Heimwehr. Statt Dollfuß soll Rintelen die Regierung übernehmen, um die Verbindung zu Großdeutschen und Hakenkreuzern zu verbessern. Kurz die österreichische Bourgeoisie geht daran, Papens Kurs ins Oesterreichische zu übersetzen.

Im politischen Endziel streben Nazis und Heimwehr auseinander, die einen wollen Hohenzollern, die anderen Habsburg, manchen schwebt die alte schwarzgelb-schwarzweißrote Lösung vor, doch darin, die Arbeiter niederzuwerfen, schrankentlos auszuplündern und auszubeuten, darin sind sie vollkommen einig. Nazis und Heimwehr können zweifellos ein gutes Stück zusammengehen. In diese Etappe treten wir jetzt in Oesterreich. Schon daß die schwarzgelbe Regierung der Hakenkreuzkündigung in Wien Spielraum gegeben hat, war die Einleitung zu dieser Etappe.

Gegenüber dem Nazivormarsch vollkommen

passiv zu bleiben, das ging diesmal um so weniger, als die Arbeitermassen nicht mehr gewillt sind, die Hakenkreuzprovokation ruhig hinzunehmen und die Gefahr bestand, daß die Initiative der Kommunistischen Partei größere Teile der sozialdemokratischen Massen mitreißen könnte. In dieser Zwickmühle entschloß sich die SP zur Aktion. Zur Aktion scheinbar gegen die Hakenkreuzler, in Wahrheit um zu verhindern, daß eine wirkliche Kampfkraft der Massen zustande komme. Die SP will die Massen hübsch am Gängelband halten, damit sie nicht ins kommunistische Fahrwasser gleiten. Es ist eine jener echt Friedrich Adlerschen «Aktionen», die darauf abzielen, mit bombastischen Phrasen unter großem Tantomie die Kampfkraft der Massen — verpuffen zu lassen.

Auf welcher politischen Grundlinie bewegt sich denn die sozialdemokratische «Kampfkraft»? Auf der Linie des Kampfes gegen die Bourgeoisie? Keineswegs! Die SP sucht das Bündnis mit den Industriekapitalisten gegen die Agrarkapitalisten. Zugunsten der Arbeiter? Keineswegs! Sie will an Stelle der einseitigen agrarkapitalistischen Politik eine mehr industrie-kapitalistische Politik setzen zugunsten des «Landes», der «Wirtschaft», das heißt zugunsten der Bourgeoisie. Die SP stellt fest, daß den Unternehmern das kapitalistische Klasseninteresse, das Zusammengehen der Gesamtbourgeoisie gegen die Arbeiter wichtiger ist als ihr Einzel-, Gruppen-, Brancheninteresse. Dem ist in der Tat

so. Die SP folgert daraus erst recht, die Notwendigkeit, ihr Koalitionsgewinn fortzusetzen und zu steigern. Wir dagegen sagen: dem geschlossenen Auftreten der Gesamtbourgeoisie gegen die Arbeiter muß entgegengesetzt werden das geschlossene Auftreten der Gesamtarbeiterschaft gegen die Bourgeoisie, das ist die proletarische Einheitsfront des Kampfes. Das aber hat zur Grundvoraussetzung, daß grundsätzlich Schluß gemacht wird mit jeder Art von Koalition, mit jedem wie immer gearteten Streben nach einer Koalition. Nach der Koalition mit der Bourgeoisie streben, nach dem Bündnis mit den Unternehmern (siehe «Arbeiter-Zeitung», 24. September) und das Theater der drei Pfeile aufzuführen und der Massenkündigung «gegen die Hakenkreuzler», die ja nur bezahlte Blutlakaien sind derselben Unternehmer, mit denen die SP das Bündnis sucht, das ist schändlicher Hohn, elende Heuchelei. Koalition mit den Unternehmern und «Kampf gegen deren faschistische Lakaien» ist Schwindel, ist abgeleiteter Verrat.

Nur wer das Bündnis mit der Bourgeoisie, mit den Unternehmern grundsätzlich ablehnt, nur wer zur Bourgeoisie, zu den Unternehmern kein anderes Verhältnis kennt als das des Kampfes, nur dessen Kampf gegen Hakenkreuzer und Heimwehr ist ehrlich. Das gilt allein vom Kampf der kommunistischen Partei. Sie und nur sie führt wirklich Kampf gegen

den Faschismus. Nur führt sie ihm nicht mit richtiger Taktik. Sie richtet den Ruf zur Einheitsfront nur an die einzelnen Schutzbündler, Jungfrontler, SAJ-ler und die sozialdemokratischen Arbeiter. Die Erfahrung langer, schwerer Monate zeigt, daß mit diesem bloßen Einladen, daß mit diesem «Übergehen» der sozialdemokratischen Spitzen in Partei und Gewerkschaft sehr, sehr wenig zu erzielen ist, nichts, was einer Einheitsfront der Millionenmassen auch nur entfernt ähnlich sieht. Auch in Oesterreich muß die kämpfende Einheitsfront der Arbeiter erst geschaffen werden. Auch in Oesterreich kann sie nur entstehen durch die Initiative der Kommunistischen Partei, indem diese den untauglichen Hebel der Stalinschen Politik ersetzt durch den bewährten Hebel Lenins, durch die proletarische Einheitsfronttaktik, bei der gegenwärtigen Lage durch die kombinierte Taktik der Einheitsfront von unten und oben. Das Hindernis in der KP liegt, wie in Deutschland, bei der Stalinschen «Generallinie», bei der Stalin-Bureaukratie.

Ein erfreulicher Aufschwung des proletarischen Kampfgeistes geht durch die österreichischen Arbeiter. Neuerlich hat Oberwaltersdorf es bewiesen. Aber noch ist das entschlossene proletarische Auftreten rein zufällig, es muß zusammengefaßt, organisiert werden zur durchschlagenden Stoßkraft durch die Organisation der proletarischen Einheitsfront.

Schluß mit jeder Koalitionspolitik! Vorwärts zur kämpfenden Einheitsfront der Gesamtarbeiterschaft! Bildet Einheitskomitees in den Betrieben, in den Vermittlungen zum Erzwingen der einheitlichen Massenkampffront von SP, KP, Gewerkschaften gegen Faschismus, Arbeitslosigkeit, Personalabbau, Lohnabbau — für Arbeitslosenunterstützung ausnahmslos allen Arbeitslosen, für 40-Stundenwoche bei Lohnausgleich, für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Sowjetrußland, für Arbeit und Brot, für die Sanierung der Massen auf Kosten der Bourgeoisie, für die Kontrolle der Produktion durch die Organe der proletarischen Einheitsfront!

Für die Einheitsfront
An die Arbeiter Leobens!

Not und Elend der werktätigen Bevölkerung werden immer größer. Immer ärger wird unsere Ausbeutung durch die Kapitalisten. Aus diesem Elend gibt es kein Entrinnen, solange wir Arbeiter uns zersplittern lassen, solange wir uns nicht finden werden und uns zusammenschließen in eine Einheitsfront ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit. Wir Arbeiter dürfen uns nicht mehr abhalten lassen von unseren Führern, welche Politik betreiben für ihr eigenes Interesse, wir wollen uns zusammenschließen und kämpfen um eine wirtschaftliche Besserstellung aller Werktätigen. Es gibt keine Einheitsfront, solange diese oder jene Führung von vornherein als Bedingung gestellt wird. Wer dies tut, verhindert die Einheitsfront. Einheitsfront sämtlicher Parteien, welche revolutionäre Arbeiter hinter sich haben, zu gemeinsamem Kampf für nächste lebensnotwendige Ziele! Arbeiter, verlangt und zwingt eure Führer zur proletarischen Einheitsfront! Nur so werden wir etwas erreichen, nur so werden wir aus diesem Hunger, Elend herauskommen, nur so werden wir unsere wirtschaftliche Lage verbessern. Es ist der Wille aller Werktätigen, aller Ausbeuteten, daß sich die Parteien endlich einmal zur proletarischen Einheitsfront finden. Diesem Willen gilt es, Nachdruck zu verleihen. Das zu organisieren, hat sich die KPÖ (Opposition) jetzt zur Hauptaufgabe gemacht. Als gewesener Kämpfer in der sozialdemokratischen Partei, jetzt Mitglied der KPÖ (Opposition), richte ich den Ruf an alle, die mit ihrer Parteiführung unzufrieden sind, sowie an alle Parteiloosen, der KPÖ (Opposition) in ihrem Kampf für die proletarische Einheitsfront zu helfen, ihr zu helfen, die KP zu gesunden und zu all dem die KPÖ (Opposition) zu stärken durch Beitritt als Mitglied und durch Verbreitung der «Arbeiter-Stimmen».

Al. G. (Leoben).

ZEICHNET PRESSFONDS!

„Schwedisch reden“

Kreugers Riesengauerei hat den schwedischen Kapitalismus, hat die kapitalistischen Parteien Schwedens schwer kompromittiert. Breite Massenteile, die der schwedischen Bourgeoisie bisher unmittelbar folgten, haben sich losgelöst und stimmen durch die Stalinsche Bankrotspolitik von der KP ferngehalten, nun für die Sozialdemokratie. Die SP Schwedens gewann bedeutende Stimmen und bildet nun eine sozialdemokratische Regierung.

Wie alle nordischen Länder, Holland und die Schweiz inbegriffen, hat auch Schweden am Weltkrieg ungeheuer profitiert. Wohl hat die Krise auch diese Länder ergriffen, aber infolge der riesigen Kriegsgewinne verfügt ihre Bourgeoisie noch immer über große Reserven. Darum ist dort die Fortsetzung der reformistischen Politik mit den bekannten reformistischen «Erfolgen» möglich, das heißt, eine Politik zugunsten der Ausbeuter, verzuckert mit gewissen Präsenten an die Ausgebeuteten. Auf diesen Präsenten beruht die berühmte «hohe Volkskultur» in Schweden, Dänemark und Norwegen, die an der schamlosen kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiter auch in diesen Ländern nicht das Geringste ändert. Die sozialdemokratische Regierung in Schweden, mit der die «Arbeiter-Zeitung» sich nun fleißig bemüht, neue Illusionen in den Köpfen der schwer enttäuschten sozialdemokratischen Arbeiter hervorzurufen, wird zeigen, wie die Sozialdemokratie, auch wenn sie ohne Koalition regiert, dennoch nichts anderes treibt als Koalitionspolitik zugunsten der Bourgeoisie.

— Als die «Arbeiter-Zeitung» jüngst über den großen belgischen Kampf vom «bel-

gisch reden» schrieb, da meinte sie damit beileibe nicht, die österreichischen Arbeiter sollen es den belgischen nachmachen. Da dachte sie nicht im Traume daran, die österreichischen Arbeiter für die Notwendigkeit des Generalstreiks in Oesterreich zu mobilisieren. Im Gegenteil, sie wollte nur über den Generalstreik schwätzen, so vor den Arbeitern tun, als sei sie «auch» dafür — um die Arbeiter desto besser von ähnlichem Kampf abzuhalten.

Mit dem «schwedisch reden» dagegen meint es die «Arbeiter-Zeitung» wirklich ehrlich. «Schwedisch reden» möchte die österreichische SP nämlich wirklich gerne. Eine sozialdemokratische Regierung in Oesterreich ist nicht unmöglich. Wenn die österreichische SP ernstlich wollte, sie würde sie erkämpfen. Aber kapitalistisch zu regieren und die Arbeiter durch Präsente der Bourgeoisie hinter der sozialdemokratischen «Arbeiterregierung» zu gängeln, mit einem Wort, «schwedisch regieren», wäre in Oesterreich verteuelt schwer. Weil die Möglichkeit, von der durch die Krise aus schwerste erschütterten Bourgeoisie Präsente für das Proletariat zu erlangen und unter diesem Mantel die Politik zugunsten der Kapitalisten fortzusetzen, sogar aus der sozialdemokratischen «Opposition» heraus immer schwerer wird ... In Oesterreich hat der eiserne Besen der Wirtschaftskrise dem Reformismus den Boden unter den Füßen weggefegt. In Oesterreich ist nur mehr revolutionäre Arbeiterpolitik möglich. Nur noch als blanker Schwindel kann sich in Oesterreich — und in Deutschland! — der Reformismus behaupten und auch das nur dank der ungeheuerlichen Bankrotspolitik des Stalinismus.

Stalinisten verhindern Leobener Einheitskomitee

Samstag, den 17. September, hat die Ortsgruppe Leoben der KPÖ (Opposition) eine Aussprache veranstaltet, welche den Zweck hatte, ein Einheitskomitee zu wählen und zugleich eine Selbstschutzgruppe zu schaffen. Es waren vertreten SP- und KP-Arbeiter, KPÖ (Opposition), Anarchisten und Parteiloose. In vorangegangenen Besprechungen waren wir Arbeiter uns einig geworden, dieses Komitee zu schaffen, um gemeinsam den Kampf für unsere Lebensinteressen zu führen. Die Stalinisten verhinderten das. Sie wollten den von uns vorgeschlagenen, erfahrenen und tüchtigen Genossen L. im Komitee nicht dulden und verhinderten die Wahl des Einheitskomitees.

Genossen, wollt ihr so die Massen gewinnen? Wollt ihr so die Einheitsfront zustande bringen? Niemals! Wir richten öffentlich vor der Arbeiterschaft Leobens an die stalinistische eingestellten Arbeiterkollegen das Ersuchen, die persönlichen Streitigkeiten beiseite zu lassen, damit wir nicht noch mehr ausgebeutet werden, und mitzuhelfen, ein proletarisches Einheitskomitee in Leoben zu schaffen.

Ortsgruppe Leoben der KPÖ (Opposition).

Aus aller Welt

Kommunistische Wahlstege. Bei der Gemeindevahl in Sophia hat die KPB die Mehrheit errungen. Der bulgarische Faschismus ist darüber so erschrocken, daß er die Wahlen für ungültig erklären will. Auch in Griechenland hat die KP Stimmen und Mandate gewonnen.

Arbeitslosenunruhen in England. Von der Macdonald-Regierung betrogen, von der SP an der Nase geführt, haben sich in verschiedenen englischen Städten die Arbeitslosen zu spontanen Empörungsaaktionen erhoben.

Gärung in Nordamerika. Die Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten kämpfen weiter in Form von Hungermärschen. Der Abwehrkampf der Betriebsarbeiter gegen Lohnabbau und Streikbrecher nimmt schärfere Formen und stellenweise massenhaften Charakter an.

Englische Kulturarbeit in Indien. 22 indische Dörfer wurden von englischen Fliegern mit Bomben belegt, weil sie sich gegen die Herrschaft der englischen Bourgeoisie auflehnten.

40-Stundenwoche. Mussolini hat die sozialdemokratische Lösung der «de-

mokratischen Verteilung der Arbeit» übernommen, indem er einen bezüglichen Antrag beim Internationalen Arbeitsamt stellen ließ. Die SP ist darüber vor Freude so erschrocken, daß sie jetzt blitzschnell — mit dem Maul nämlich — die kommunistische Lösung übernimmt, die sie vor kurzem noch als demagogisch bezeichnet hat: 40-Stundenwoche bei Lohnausgleich.

Mandschuko. Unter diesem Namen haben die japanischen Räuber die von ihnen besetzte Mandschurei als «selbständigen» Staat konstituiert.

Mieteropposition Linz

Im Jahre 1930 schufen die Gemeindemietler in Linz am Hühnersteig—Derflingerstraße—Sintstraße—Katzenu eine Mieteropposition, die gut funktionierte. Der Stalin-Bureaukrat Ketzliak aus Wien und sein Gehilfe Wiestorff aus Linz richteten sie durch falsche Politik binnen kurzem zugrunde. Seither lag die Mieteropposition zerschlagen darnieder. Vor etwa 4 Wochen haben sich die Gemeindemietler im Sprengel Hühnersteig aufs Neue zusammengeschlossen, auf's Neue eine Mieteropposition gebildet. Den Anlaß hiezu gaben die vielen Kündigungen und Delogierungen, welche in der letzten Zeit die Gemeinde Linz vornahm, die von einer sozialdemokratischen Mehrheit verwaltet wird. In der von der Opposition abgehaltenen Mieterversammlung waren 40 Gemeindemietler anwesend. Der SP-Mieterausschuß hatte sich gedrückt, auch die KP-Zelle Hühnersteig war nicht erschienen. Eine von der Mieteropposition an die Gemeindemietler verteilte Flugschrift hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Versammlung beschloß eine Resolution an die Gemeinde, eine zweite an das Wohnungsfürsorgeamt. Der Kampf der Mieteropposition geht jetzt vor allem um folgende Lösungen: Schluß mit den Kündigungen, Schluß mit den Delogierungen, Zurücknahme der Delogierung des Mieters Riedel, Wahrung der in den Mieterausschuß nach dem Proporz. Unsere linksoppositionellen Genossen, insbesondere Genosse P—r arbeiten in der Mieteropposition mit.

Spotten ihrer selbst

«So diktiert ein enger Klüngel, der nicht der innerorganisatorischen Demokratie und Kontrolle unterliegt, die Politik der Gewerkschaften, besetzt sämtliche entscheidenden Funktionen unter sich und beherrscht dank dieser Schlüsselstellungen in Presse, Bildungsapparat, Kasse usw. die Mitglied-

schafft ... Wir haben also gesehen, daß eine eigene Bureaukratie an der Spitze der Organisation, losgelöst von den Mitgliedern, existiert, der alle entscheidenden Posten ausgeliefert sind und die durch die Beherrschung des Apparates ihre Politik zur Politik der Organisation machen kann. Doch erhebt aber gerade diese Bureaukratie den Anspruch darauf, der berufene Führer des Proletariats zu sein, obwohl sie niemand berufen, sondern sie selbst sich eingesetzt hat.» Man braucht dieser Charakteristik der «Roten Fahne» (18. September) der die Gewerkschaften beherrschenden reformistischen Bureaukratie gar nichts zuzufügen, sie trifft den Nagel auf den Kopf. Allein, trifft all dies nicht Wort für Wort zu auf die die Kommunistische Partei beherrschende Stalinsche Bureaukratie? Der enge Klüngel der Stalin-Bureaukratie, der der innerorganisatorischen Demokratie und Kontrolle nicht unterliegt, — wer ihre Linie und ihre Methoden kritisiert, fliegt hinaus —, diktiert die Politik der Partei, besetzt sämtliche entscheidenden Funktionen unter sich und beherrscht dank dieser Schlüssellstellungen in Presse, Kasse, Bildungsapparat usw. die Mitgliedschaft. Dieser bureaukratische Klüngel gibt sich aus als die Organisation, als die Partei. Jede Kritik an diesem bureaukratischen Klüngel geben die Bureaukraten aus als «Angriff auf die Organisation», «Angriff auf die Partei», als «konterrevolutionär». Und wer hat diese Bureaukratie berufen? Wer hat sie eingesetzt? Die Mitglieder? Die Mitglieder haben darauf gar keinen Einfluß. Selbst der Parteitag hat darauf keinen Einfluß, denn unter Sinowjew, Bucharin und vor allem Stalin sind die Parteitage nichts geworden als ein wohlorganisierter Schwindel. Die Bureaukratie hat sich selbst eingesetzt, bezw. sie wird von der internationalen Stalinschen Bureaukratenfraktion ein- und abgesetzt. Die Stalin-Bureaukratie ist also aufs Haar gleich der reformistischen Partei- und Gewerkschaftsbureaukratie. Der einzige Unterschied ist dieser: die reformistische Bureaukratie hilft der Bourgeoisie, die Stalinsche Bureaukratie hilft der Sozialdemokratie den reformistischen Verrat fortzusetzen, ohne daß die Reformisten fürchten müssen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter zur kommunistischen Partei übergehen.

Von den arbeitslosen Bauarbeitern

Wo bleibt die Kommunistische Partei, die Führerin und Avantgarde des Proletariats?

Wer im Winter von 1929 auf 1930 die Bauarbeitervermittlung aufsuchte und die Stimmung der Bauarbeiter prüfte, der gewann die Überzeugung, daß gerade die Bauarbeiter in der Arbeitslosenbewegung eine starke und schlagkräftige Kampfgruppe unter der Führung der KP sind. Mit Recht konnte man von einem großen Einfluß der Kommunistischen Partei unter den Bauarbeitern sprechen und auch hoffen, daß es gelingen wird, das Ziel zu erreichen, aus dieser Vermittlung ein Bollwerk zu schaffen gegen alle Anschläge auf die Rechte der Arbeitslosen. Rief damals das ZAK zu Demonstrationen oder Aktionen auf, immer waren die Bauarbeiter am stärksten vertreten, Versammlungen, die Woche oft zwei bis drei, waren immer überfüllt. Hier gründete man den ersten Selbstschutz, was auf allen anderen Vermittlungen Nachahmung fand. Die Bauarbeiter waren die Kerntruppe und sie waren eine gute Waffe für die Partei. Vormittags auf den Vermittlungen, nachmittags bei Sitzungen und Konferenzen, abends zur Unterstützung von Arbeiteraktionen, immer war der Selbstschutz zur Stelle, in ungeminderter Aktivität, wochelang, monatlang. Unter den meisten Genossen war ein Eifer, eine Opferfreudigkeit, eine Stimmung, man könnte sagen, fast wie unmittelbar vor der Revolution. Tutzende täglich traten der Partei bei. Kein Heimwehler oder Nazi konnte sich auf der Vermittlung offen zeigen, ohne verprügelt und hinausgeschmissen zu werden. Selbst mit sozialdemokratischen Ansichten hauierten zu gehen, war damals nicht ratsam. Aber in nicht langer Zeit war von all dem nichts mehr zu sehen.

Zwei Winter sind seither vergangen, wir stehen vor einem dritten. Die Not, das Elend unter den Saisonarbeitern ist derart gestiegen, daß man sich wundern muß, daß sie überhaupt noch leben. Sehr viele haben

diesen Sommer überhaupt noch keine Arbeit gefunden. Die meisten nur für wenige Wochen. Krampfhaft bemüht sich die Partei, unter den Arbeitslosen wieder Fuß zu fassen. Doch bei ihrer heutigen Taktik besteht wenig Hoffnung, daß ihr das gelingen wird. Wo sind die Genossen, die 1929/30 es verstanden haben, die arbeitslosen Bauarbeiter zu organisieren? Sie wurden zum Großteil aus der KP ausgeschlossen, weil sie gegen die liquidatorische Politik der Parteiführung aufgetreten sind.

Das ZAK ließ für Mittwoch, den 22. d. M., hunderte Flugzettel verteilen zu einer Versammlung in Neumayers Keller, außerdem gingen Funktionäre des ZAK mündlich einladen. Um halb 11 Uhr wurde die Versammlung wegen mangelnder Teilnahme abge sagt. Die Bauarbeiter waren die hundert Schritte von der Vermittlung nicht wegzubringen. Zur Führung der KP haben die Bauarbeiter kein Vertrauen mehr. Falsch wäre es, zu sagen, daß die Bauarbeiter vom Kommunismus nichts mehr wissen wollen. Im Gegenteil. Größer als je ist das Verlangen nach einer wirklich revolutionären Führung. Die Partei hat es ja mit den Arbeitslosen nicht besser gemacht als die SP. Man hat nur immer gearbeitet, damit eben niemand sagen kann, die KP macht nichts. Es ist in der Arbeit der KP weder Ernst noch Ziel.

Was reden die Arbeitslosen von der Partei? Lehrreich wäre es für die Bürokraten der Partei, sich unerkannt unter die Arbeitslosen zu begeben. Die Bauarbeiter erzählen sich noch immer Geschichten über die Maulreißer Hoschek, Zartl u. a., über deren «revolutionäre» Tätigkeit in Rußland. Einige von dieser Stoßbrigade sind zurückgekommen und sind indifferent geworden oder zurück zur SP gegangen. Man lacht auch noch über die chronischen Mittelohrentzündungen und Operationen, gerade am Tage vor Aktionen, des Eisenfressers Benedikt, über das Gestotter eines Honner, das Gemecker Koplenz und über die feierlichen, schmalzigen Reden des Gernegroß Hexmann, dem der Alkohol lieber ist als die Partei.

Die Parteibürokraten reden sich, wie immer, auf die Passivität der Mitglieder aus. Doch auf wen werden sie sich ausreden, bis sie den letzten Proleten aus der Partei hinausgeekelt oder passiv gemacht haben werden? Die Partei ist im letzten Jahre ohnehin schon zu einem intellektuellen-Asyl geworden. Wir kommunistischen Bauarbeiter dürfen nicht mehr länger zusehen. Wir müssen mithelfen, die Partei zu gesunden, damit der Kampf der Bauarbeiter die notwendige Führung bekommt.

Ein Bauarbeiter, XVI.

Brief aus Moskau

(Schluß.)

Gut, daß es noch solche «Alten» gibt, die durch drei Revolutionen, durch Jahrzehnte von Kampf, durch Jahre von Gefängnis und Verbannung nicht enträftelt sind, und nicht entartet in der bürokratischen Umgebung. Aber die erfreulichste Tatsache sind doch die neuen Kader der oppositionellen Jugend. In Swerdlowsk ist vor kurzer Zeit eine ganze Organisation von 75 Mann entdeckt worden; 8 davon befinden sich bereits im Isolator. Swerdlowsk ist keine Ausnahme. Die Verhaftungen hören fast gar nicht auf und dienen uns als Barometer des Zustroms frischer Kräfte zu uns. An den Verbannungsorten wachsen immer neue und neue Kolonien von Bolschewik-Leninisten.

Vor einigen Wochen verbreitete sich in Moskau das Gerücht über den Tod von Rakowski und machte einen furchtbaren, direkt erschütternden Eindruck. Ist es möglich, daß Rakowski tot ist? fragten wir uns mit Schrecken. Nicht möglich! In diesen Worten fand der Gedanke Ausdruck: nicht möglich, daß das Verbrechen, welches Stalin an Rakowski begangen hat, nicht mehr gutzumachen ist. Zum Glück wurde dieses Gerücht in kurzer Zeit widerlegt. Bemerkenswert ist, daß sich drei Monate zuvor ein ähnliches Gerücht über Sosnowski verbreitete, und denselben Eindruck bewirkte. Die Erinnerung an Sosnowski ist bei den Arbeitern Leningrads, Moskaus und des Ural sehr frisch, und fest. Es war für uns ein Rätsel: woher entstehen diese Gerüchte. Ich glaube, sie werden erzeugt durch die starke Unruhe, die tiefe Besorgnis breiter Kreise der Partei um das Schicksal der geachteten und geliebten Genossen. Übrigens, das letzte Bulletin aus Barnaul, das uns erreicht hat: «Bei H. O. Rakowski und seiner Frau — große Herzschwäche, aber die Stimmung, trotz der Schwierigkeiten des Alltags und des völlig isolierten Lebens, immer optimistisch.»

Die Nachricht über den Tod von Rosenow, diesmal leider eine richtige, hat alle seine Freunde sehr erschüttert, und es sind ihrer viel im ganzen Lande zerstreut. Das war einer der

Reinsten, der Stachthafesten, der Unerschütterlichsten, trotz seiner schweren Krankheit. Als Agronom-Marxist hat er alle Prozesse in der Landwirtschaft und besonders die Entwicklung der Kollektive aufmerksam verfolgt. Sein ern-

stes, durch Theorie und Erfahrung begründetes Urteil wird uns sehr fehlen. So fließt das Leben, ist weh, und erkräft, die einen Genossen verlieren wir, neue, junge kommen... (Auch bei uns in Oesterreich! Die Red.)

Leo Trotzki:

Der Zentrismus der stalinschen Bürokratie

(Schluß.)

Nicht zum erstenmal in der Geschichte gerät die wirtschaftliche Entwicklung in Widerspruch mit den politischen Bedingungen, in deren Rahmen sie sich vollzieht. Doch muß man klar erfassen, welche von diesen Bedingungen die Unzufriedenheit hervorrufen. Die heraus-

stichende

oppositionelle Weile ist nicht im geringsten gegen die sozialistischen Aufgaben, die Sowjetformen oder die Kommunistische Partei gerichtet. Die Unzufriedenheit richtet sich gegen den Apparat und dessen Personifikation, Stalin. Daher ein neuer Abschnitt des wütenden Kampfes mit der sogenannten trotzkistischen Konterbande.

Der Gegner beginnt ungemütlich zu werden, er ist überall und nirgends. Er spukt in Werkstätten, in Schulen, dringt in historische Revuen und in alle Lehrbücher. Das heißt: Tatsachen und Dokumente belasten die Bürokratie, indem sie deren Schwankungen und Fehler aufdecken. Man darf nicht ruhig und objektiv über den gestrigen Tag nachdenken, man muß den gestrigen Tag umgestalten, muß alle Ritzen verkleben, durch die ein Verdacht über die Unfehlbarkeit des Apparates und seines Hauptes durchdringen könnte. Wir haben alle Züge einer kopflos gewordenen herrschenden Schicht vor uns. Jaroslowski, Jaroslowski selbst ist unzuverlässig geworden! Das sind keine Zufällepisoden, keine Kleinigkeiten, keine persönlichen Zusammenstöße: die Wurzel der Sache ist darin zu suchen, daß die wirtschaftlichen Erfolge, die auf ihren ersten Stufen die Bürokratie gefestigt hatten, nun durch die Dialektik der Entwicklung der Bürokratie gegenübergestellt sind. Deshalb ist auch auf der letzten Parteikonferenz, d. h. dem Kongreß des stalinschen Apparates, der drei- und viermal geschlagene und bestattete «Trotzkismus» zur «Avantgarde der bürgerlichen Konterrevolution» ernannt worden.

Dieser läppische und politisch durchaus nicht schreckliche Beschluß löst den Vorhang über einigen ganz «praktischen» Plänen Stalins auf dem Gebiete persönlicher Strafgerichte. Nicht umsonst hat Lenin vor der Ernennung Stalins zum Generalsekretär gewarnt: «Dieser Koch wird nur scharfe Suppen zubereiten.» Der Koch hat seine kulinarischen Künste noch nicht erschöpft.

Wie sehr auch die theoretischen und administrativen Schrauben angezogen werden — Stalins persönliche Diktatur nähert sich offenkundig dem Untergang. Der Apparat ist voller Springe. Die Ritze namens Jaroslowski ist eine von den hundert Ritzen, die heute noch nicht bei Namen genannt werden. Der Umstand, daß sich die neue politische Krise vorbereitet auf der Basis erwiesener und unzuverlässiger Erfolge der Sowjetwirtschaft, zahlenmäßigen Wachstums des Proletariats und erster Erfolge der kollektiven Landwirtschaft, bietet ausreichende Gewähr dafür, daß die Liquidierung der bürokratischen Selbstherrschafft nicht mit einer Erschütterung des Sowjetystems zusammenfallen wird, wie man noch vor drei bis vier Jahren befürchten konnte, sondern mit dessen Befreiung, dessen Aufschwung und Blüte.

Aber gerade in dieser ihrer letzten Periode ist die stalinsche Bürokratie fähig, viel Unheil anzurichten. Die Prestigefrage ist jetzt

Auf jedem Stadtbahnperron

kannst du die «Arbeiter-Stimme» kaufen. Ferner an folgenden Stellen: Auszahlungsstelle Thaliastraße 42 (Haustor); Trafik: Arbeitergasse 8, Siebenbrunnengasse 41 und 62, Reumannhof, Zeitungstand Straßenbahnhaltestelle Mariahilfer Gürtel—Ecke Mariahilferstraße; Zeitungstand Burggraben—Ecke Bellaria.

für sie die zentrale Frage der Politik geworden. Werden unpolitische Historiker aus der Partei ausgeschlossen, weil sie Stalins Heldentaten von 1917 nicht zu verherrlichen verstanden haben, kann das das Plebiszitregime die Anerkennung der eigenen Fehler vom Jahre 1931—32 zulassen? Kann es auf die Theorie des Sozialfaschismus verzichten? Kann es Stalin desavouieren, der als Wesen der deutschen Politik formuliert hat: zuerst mögen die Faschisten kommen und dann wir?

An und für sich sind die objektiven Bedingungen in Deutschland so gebieterisch, daß, wenn die Leitung der deutschen Kommunistischen Partei die notwendige Aktionsfreiheit

besäße, sie schon längst sich nach unserer Seite hin orientiert haben würde. Doch sie ist nicht frei. Während die Linke Opposition die durch den Sieg von 1917 überprüften Ideen und Lösungen des Bolschewismus aufstellt, befiehlt die Stalin-Clique, zwecks Ablenkung, telegraphisch die Eröffnung einer internationalen Kampagne gegen den «Trotzkismus». Die Kampagne entbrennt nicht auf der Grundlage der Fragen der deutschen Revolution, d. h. von Leben und Tod des Weltproletariats, sondern auf Grund des kläglichen und falsifikatorischen Artikels von Stalin über die Fragen der Geschichte des Bolschewismus. Man kann sich schwer ein größeres Mißverhältnis zwischen den Aufgaben der Epoche einerseits und den kläglichen geistigen Hilfsquellen der offiziellen Führung andererseits vorstellen. Dieses ist die erniedrigende, unwürdige und zugleich tief tragische Situation der Komintern.

Das Problem des stalinschen Regimes und das Problem der deutschen Revolution sind durch einen völlig untrennbaren Knoten miteinander verbunden. Die kommenden Ereignisse werden diesen Knoten lösen oder zerhacken — im Interesse der russischen wie auch der deutschen Revolution.

Der Widerspruch zwischen den Wirtschaftserfolgen der USSR und der Bürokratisierung des Regimes

Man kann nicht die Grundlagen der revolutionären Politik «in einem Lande» ausarbeiten. Das Problem der deutschen Revolution erweist sich augenblicklich untrennbar verbunden mit der politischen Führung in der USSR. Diese Verbindung muß man bis zu Ende begreifen.

Die proletarische Diktatur ist die Antwort auf den Widerstand der besitzenden Klassen. Die Freiheitsbeschränkungen ergeben sich aus dem Kriegesregime der Revolution, d. h. den Bedingungen des Klassenkrieges. Von diesem Standpunkt aus ist es vollkommen augenscheinlich, daß die Festigung der Sowjetrepublik, ihr wirtschaftliches Wachstum, die Gebührenslosigkeit des Widerstandes der Bourgeoisie, vor allem die Erfolge in der «Liquidierung» der letzten kapitalistischen Klasse, des Kulakentums, zum Aufblühen der Partei-, Gewerkschafts- und Sowjetdemokratie hätte führen müssen.

Die Stalinisten wiederholen unablässig, wir seien bereits «in den Sozialismus eingetreten», die jetzige Kollektivisierung bedeute an und für sich die Liquidierung des Kulakentums als Klasse, und schon der nächste Fünfjahresplan werde diese Prozesse zu Ende führen müssen. Wenn dem so ist, warum hat dann der gleiche Prozeß zur völligen Drosselung von Partei, Gewerkschaften und Sowjets durch das bürokratische Regime geführt, das seinerseits den Charakter des plebiszitären Bonapartismus angenommen hat? Warum lebte bei Hunger und Bürgerkrieg die Partei ein volles Leben und konnte niemanden auch nur in den Sinn kommen zu fragen, ob man Lenin oder das gesamte ZK kritisieren dürfe oder nicht, während jetzt die geringste Differenz mit Stalin zum Ausschluß aus der Partei und zu administrativen Repressionen führt?

Die Kriegsgefahr seitens der imperialistischen Staaten vermag die

Selbstherrschafft der Bürokratie

keinesfalls zu erklären, noch weniger zu rechtfertigen. Sind in einer nationalen sozialistischen Gesellschaft die Klassen mehr oder minder liquidiert, so bedeutet dies den Beginn des Absterbens des Staates. Dem äußern Feind kann die sozialistische Gesellschaft siegreichen Widerstand leisten gerade als sozialistische Gesellschaft und nicht als Staat der proletarischen Diktatur, noch weniger — der bürokratischen.

Wir sprechen aber nicht vom Absterben der Diktatur: noch wäre es zu früh, wir sind noch nicht ein den Sozialismus eingetreten. Wir sprechen von etwas anderem. Wir fragen: woraus erklärt sich die bürokratische Entartung der Diktatur? Woher der betäubende, ungeheuerliche erdrückende Widerspruch zwischen den Erfolgen des sozialistischen Aufbaues und dem Regime der persönlichen Diktatur, die sich auf den unversöhnlichen Apparat stützt, der die herrschende Klasse des Landes, das Proletariat, an der Gurgel hält? Wie erklären, daß Wirtschaft und Politik sich nach direkt entgegengesetzten Richtungen hin entwickeln?

Die Wirtschaftserfolge sind sehr groß. Oekonomisch hat die Oktoberrevolution sich schon jetzt vollkommen gerechtfertigt. Die hohen Koeffizienten des wirtschaftlichen Wachstums sind ein unwiderlegbarer Ausdruck dessen, daß die sozialistischen Methoden größte Ueberlegenheit bewahren sogar für die Lösung jener Produktionsaufgaben, die im Westen durch den Kapitalismus gelöst werden. Wie gewaltig würden sich da die Vorzüge der sozialistischen Wirtschaft in den fortgeschrittenen Ländern erweisen?

Jedoch die durch die Oktoberrevolution aufgeweckten Fragen der Wirtschaftsentwicklung sind nicht gelöst. Die Stalinbürokratie nennt die Wirtschaft «sozialistisch» auf Grund deren Voraussetzungen und Tendenzen. Das ist ungenügend. Die ökonomischen Erfolge der Sowjetunion entwickeln sich immer noch auf einer niedrigen wirtschaftlichen Basis. Die nationalisierte Industrie schreitet durch Stadien hindurch, die von den fortgeschrittenen kapitalistischen Nationen seit langem schon zurückgelegt sind. Die Arbeiterin, die Schlinge steht, hat ihre Kriterien des Sozialismus und dieses «Verbraucher-Kriterium, wie der Beamte sich geringschätzig ausdrückt, ist in der gegebenen Frage entscheidend. Im Meinungsstreit zwischen Arbeiterin und Bürokrat sind wir, die Linke Opposition, mit der Arbeiterin gegen den Bürokraten, der das Erreichte übertreibt, die sich anhäufenden Widersprüche verwischt und die Arbeiterin an der Gurgel hält, damit sie nicht kritisiert.

Im Vorjahre wurde eine jähe Wendung vom ausgehenden zum differenzierten (Stück-)Arbeitslohn gemacht. Es ist ganz unbestreitbar, daß bei niedrigem Niveau der Produktionskräfte, folglich auch der allgemeinen Kultur, Gleichheit im Arbeitsentgelt unverwirklichbar ist. Doch das bedeutet eben, daß das Problem des Sozialismus nicht nur durch gesellschaftliche Eigentumsformen entschieden wird, sondern auch eine gewisse technische Kapazität der Gesellschaft voraussetzt. Indes führt das Wachstum der technischen Kapazität automatisch über die nationalen Grenzen hinaus.

Nachdem sie zum allzu früh abgeschafften Stücklohn zurückgekehrt war, nannte die Bürokratie den ausgehlichenen Lohn ein «Kulakens-Prinzip». Das ist offenkundiger Unsinn, der beweist, in welche Sackgassen von Heuchelei und Falschheit die Stalinisten sich hineintreiben. In Wirklichkeit hätte man sagen müssen: «Wir sind mit den Angleichungsmethoden des Arbeitslohnes zu sehr vorausgegangen; bis zum Sozialismus ist es noch weit; da wir noch immer arm sind, müssen wir zurückkehren zu den halbkapitalistischen oder kulakischen Methoden des Arbeitsentgelts». Wir wiederholen: hier besteht keinerlei Widerspruch zum sozialistischen Ziel. Hier gibt es nur den unversöhnlichen Widerspruch mit den bürokratischen Falsifikationen der Wirklichkeit.

Der Rückzug zum Stücklohn war das Resultat des Widerstandes der ökonomischen Zurückgebliebenen. Solcher Rückzüge wird es noch viele geben, besonders auf dem Gebiete der Bauernwirtschaft, wo ein allzu administrativer Sprung vorwärts getan worden ist.*

Industrialisierung und Kollektivisierung werden mit den Methoden des einseitigen, unkontrollierten bürokratischen Kommandos über die wertaktiven Massen durchgeführt. Die Gewerkschaften sind vollkommen der Möglichkeit beraubt, auf das Wechselverhältnis zwischen Konsumtion und Akkumulation einzuwirken. Die Differenzierung der Bauernschaft wird bis jetzt nicht so sehr ökonomisch wie administrativ liquidiert. Die sozialen Maßnahmen der Bürokratie zur Liquidierung der Klassen laufen dem grundlegenden Prozeß, der Entwicklung der Produktionskräfte, außerordentlich voraus. Das führt zur Steigerung der Gestehungskosten, niedriger Produktionsqualität, Preiserhöhung, Mangel an Gebrauchsgüter und droht in der Perspektive mit Wiedergeburt der Arbeitslosigkeit.

Die äußerst gespannte politische Atmosphäre im Lande ist das Resultat der Widersprüche zwischen dem Wachstum der Sowjetwirtschaft und der ökonomischen Politik der Bürokratie, die entweder ungenügend zurückbleibt hinter den Bedürfnissen der Wirtschaft (1923—1928) oder, durch das eigene Zurückbleiben erschreckt, sich vorwärts stürzt, um durch rein administrative Maßnahmen das Versäumte nachzuholen (1928—1932). Dem rechten Zickzack folgt auch hier der linke. Auf beiden Zickzack befindet sich die Bürokratie in Widerspruch mit den Wirklichkeiten der Wirtschaft, d. h. auch mit den Stimmungen der Werktätigen. Sie kann diesen nicht gestatten, sie zu kritisieren, weder da, wo sie zurückbleibt, noch dort, wo sie vorausläuft.

Ihrem Druck auf die Arbeiter und Bauern vermag die Bürokratie nur so auszuweichen, daß sie die Werktätigen der Möglichkeit beraubt, an der Entscheidung der Fragen ihrer eigenen Arbeit und ihrer aller Zukunft teilzunehmen. Dann liegt die

größte Gefahr!

Die ständige Angst vor dem Widerstand der Massen führt in der Politik zum «Kurzschluß» der bürokratischen und persönlichen Diktatur. Will das besagen, daß man die Temp. der Industrialisierung und Kollektivisierung herabsetzen muß für eine gewisse Periode? Zweifellos. Doch kann diese Periode von ganz kurzer Dauer werden. Die Teilnahme der Arbeiter selbst an der Leitung des Landes, seiner Politik und Wirtschaft, unmittelbare Kontrolle über die Bürokratie, Wachsen des Verantwortungsgefühles der Verwaltenden gegenüber den Verwalteten — all das würde zweifellos sich wohlwollend auf die Produktion selbst auswirken, die inneren Reibungen vermindern, die kost-

* Wie sehr hat sich das bewahrheitet. Die Red.

Arbeiterbibliothek für nur M. 5.—

Um den revolutionären Arbeitern die Möglichkeit zu bieten, sich trotz den trostlosen ökonomischen Verhältnissen eine Bibliothek, darstellend wichtige revolutionäre Geistesmonumente, einzuschaffen, hat der Verlag der Aktion sich entschlossen, eine Serie seiner Verlagspublikationen, die im Buchhandel 25 Mark kostet, für nur RM. 5.— abzugeben.

Die Reihe der politischen Bücher enthält: Karl Liebknecht: Briefe aus dem Gefängnis und dem Zuchthaus; Karl Liebknecht: Politische Aufzeichnung aus seinem Nachlaß (von der KPD. totgeschwiegen); Leo Trotzki: Wer leitet heute die kommunistische Internationale? Leo Trotzki: Die permanente Revolution (ein Werk, das jeder Marxist studieren sollte); Leo Trotzki: Anklagen aus der Verbannung; Leo Trotzki: Die Lehren des Oktobers; Leo Trotzki: Die Fälschung der Geschichte der Oktoberrevolution und noch 17 weitere Werke von Marx, Lenin, Trotzki, Liebknecht und anderen. Bestellungen sind zu richten an die Buchverandabteilung der Aktion, Berlin-Wilmersdorf, Nassauische Straße 17. Versand gegen Voreinsendung oder unter Nachnahme des Betrages zuzüglich Nachnahmespesen.

Arbeiterkulturbund „Spartakus“

Sitz: XVI., Hasnerstraße 50, Gasthaus Kraus
 2. Oktober: Zusammenkunft 9 Uhr Endstation Stadthaus Hütteldorf. Auf die Spöblen- alpe. Nachmittagsbesprechung halb 4 Uhr Rohrer- hütte. Zusammenkunft der Nachmittagspartie: 3 Uhr Neulandweg.
 3. Oktober: Zusammenkunft 9 Uhr Endstation Mauer. Nach der Pausen, Nachmittags- treffenpunkt 4 Uhr im Garten beim Laudon in Hadersdorf. Zusammenkunft der Nachmittags- partie: 3 Uhr in Hütteldorf, Endstation Stadt- bahn.

spiegeln Wirtschaftszickzacks auf ein Minimum bringen, eine gesündere Verteilung der Kräfte und Mittel sichern und letzten Endes den allgemeinen Wachstumskoeffizienten steigern. Die Sowjetdemokratie ist vor allem Lebensbedürfnis für die Wirtschaft selbst. Umgekehrt birgt der Bürokratismus die tragischsten wirtschaftlichen Überraschungen in sich. Ueberblickt man die Geschichte der epigonischen Wirtschaftsentwicklung der USSR im ganzen, so gelangt man unschwer zur Schlußfolgerung, daß die grundlegende politische Voraussetzung für die Bürokratisierung des Regimes die Mähdigkeit der Massen nach den Erschütterungen von Revolution und Bürgerkrieg gewesen war. Im Lande herrschten Hunger und Epidemie. Die Fragen der Politik traten in den Hintergrund. Alle Sinne waren auf ein Stück Brot gerichtet. Unter dem Kriegskommunismus hatten alle ihre gleiche Hungerportion bekommen. Der Übergang zur NEP brachte die ersten ökonomischen Erfolge. Die Portionen wurden reichlicher, nicht alle aber erhielten sie. Die Wiederherstellung der Warenwirtschaft führte zur Berechnung der Selbstkosten, zu elementarer Rationalisierung, zur Entfernung überflüssiger Arbeiter aus den Betrieben. Die Wirtschaftserfolge gingen lange Zeit hindurch Hand in Hand mit dem Wachstum der Arbeitslosigkeit.

Ausschlüsse aus der Partei

Die Ausschlußmaschine arbeitet wieder mit Volldampf. Allerdings erfahren die Parteimitglieder darüber sehr wenig, denn die politischen Ausschlüsse werden von der «Roten Fahne» zumeist verschwiegen. So wurde am 22. September der Genosse Erwin Pitsch ausgeschlossen. Wir wollen an seinem Beispiel zeigen, w en und w eshalb die Stalin-Beamten ausschließen.

Genosse Pitsch kam 1929 zur Partei als ehrlicher, revolutionär gestimmter Arbeiter. Er war es, der in mühevoller Arbeit die Währinger Organisation aufbaute, die bis dahin völlig am Boden lag. Im Winter 1929/30 nahm er hervorragenden Anteil an der Arbeitslosenbewegung und der Organisation der Arbeiterparteien. Die Partei übernahm die Parteiführung inzwischen wieder zerschlagen.) Letzten Winter organisierte er das einzige, das Währinger Bezirksarbeitslosenkomitee, dessen Erfolge die Partei so wirkungsvoll bei den Wahlen ausgewertet hat (Waldhotel, Einquartierung der Obdachlosen). Als verantwortlicher Redakteur der «Roten Fahne» wurde Pitsch vom bürgerlichen Gericht zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Durch seine Erfahrungen (Kaderfrage, Einheitsfront) kam er in Zweifel über die Richtigkeit der Parteilinie. Als er das aussprach, wurde er abgesetzt, die Währinger Organisation zerschlagen und in Hände wie die Kreutners gelegt. Als er am Vortragsabend über «Trotzkismus» Pürnberg widersprach, wurde er nun kurzerhand ausgeschlossen. So verdrängt die Stalin-Bürokratie erprobte, erfahrene Arbeiterkommunisten, um sich jede Kritik, jede Kontrolle vom Leibe zu halten. Parteigenossen, macht Schluß mit den die Partei schädigenden Stalin-Methoden!

Zyklus zur Aufklärung

Die oppositionelle Strömung in der Parteimitgliedschaft wächst, verbreitert, vertieft sich. Unsere Fraktionen in der Partei arbeiten planmäßig an der Erziehung und Schulung der Genossen. Die Stalin-Bürokratie fühlt sich schon sehr, sehr unwohl. So unwohl, daß sie sich gezwungen sieht, eine Vortragsreihe nach der anderen über „Trotzkismus“ zu veranstalten, über den Trotzkismus, der „tot“ ist und den sie in der Tat am liebsten totschweigen möchten. Der erste Vortragsabend ist vorüber. Der Vorsitzende sagte zuerst etwas von Übereinstimmung zwischen Theorie und Praxis, und daß man deswegen diese Abende mache, um zu dieser notwendigen Übereinstimmung zu gelangen. Dann war man noch geschwindig zwei „Trotzkisten“ hinaus. Etwas später noch ein Genosse. In dieser nun, wie er meinte, trotzkistenfreien Umgebung zog Ausschluß- minister Fürnberg sein Pappdeckel- schwert und riefte damit dem Drachen „Trotzkismus“ zu Leibe. Er begann mit Geschichtchen aus dem Jahre 1908: Trotzki war damals Menschewik. Was Fürnberg damals war, sagte er nicht, wahrscheinlich trug er um diese Zeit die erste Schnellfeuerhose. Er bemerkte die Friedenslösung Trotzki 1914, die — passifisch gewesen sei. Es würde die Kommunisten bestimmt mehr interessieren, zu erfahren, welche Stellungnahme denn Stalin 1914 bis 1917 zum imperialistischen Krieg hatte,

Man darf nicht eine Minute vergessen: die Festigung der Apparatchik stütze sich auf die Arbeitslosigkeit. Nach den Hungerjahren schreckte die Reservearmee jeden Proletarier an der Werkbank. Die Entfernung selbständiger und kritischer Arbeiter aus den Betrieben, schwarze Listen der Oppositionellen, gehörten zur wichtigsten und wirksamsten Waffe in den Händen der Stalinbürokratie. Ohne diesen Umstand wäre es nie gelungen, die Partei zu erdrosseln.

Die weiteren Wirtschaftserfolge führten allmählich zur Auflösung der Reservearmee der Industriearbeiter (die latente Dorfüberbevölkerung, maskiert durch die Kollektivisierung, behält noch ihre volle Kraft). Der Industriearbeiter fürchtet jetzt nicht mehr, aus dem Betrieb hinausgeworfen zu werden. Aus seiner alltäglichen Erfahrung weiß er, daß der Mangel an Vorausblick und die Willkür der Bürokratie ihm außerordentlich die Lösung der Aufgaben erschwert. Die Sowjetpresse entlarvt vereinzelte Zechen und Unternehmen, wo Initiative der Arbeiter, Erfindergeist usw. nicht genügend Raum genießen: als könnte man die Initiative der Arbeiter in Zechen verschließen, als könnten die Zechen Oasen der Produktionsdemokratie sein, bei völliger Erdrosselung des Proletariats in Partei, Sowjets und Gewerkschaften!

Aus der Partei

derselbe Stalin, der im März 1917 im ZK der bolschewistischen Partei verlangte die Einigung mit den Menschewiken. Die Kündgung der Linksoption am zehnten Jahrestag der Revolution gegen den Stalinismus verschwindet Fürnberg flugs zu einer Demonstration „gegen die Sowjets“. Trotzki besonderer Stolz sei die Theorie der permanenten Revolution. Trotzki brauche sich auf diese Theorie nicht so viel einbilden, denn sie sei gar nicht von ihm, sondern von Marx und Engels. Allerdings sei sie falsch, denn die beiden hätten — das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung noch nicht gekannt. Die Entdeckung dieses Gesetzes sei ein Verdienst des — Stalinismus. Da bleibt einem wirklich die Spucke weg.

Wie konterrevolutionär unsere Einstellung zur Einheitsfront sei, zeige das Anglo-Russische Komitee und der englische Generalstreik. Held Fürnberg vermag zu sagen, daß Stalin diese Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Führern geschlossen hat, gegen die Vorzüge der Linksoption. Diese Einheitsfront aber mit den englischen Arbeitern zu schließen, darauf „vergab“ Stalin. Allerdings, dies Einheitsfronttaktik war konterrevolutionär. Ansonsten schwieg sich Fürnberg über die Einheitsfront gründlich aus.

Ein Genosse fragte, wir stark die Opposition sei. Fürnberg erwiderte: „Genau 26 Mann.“ Wozu diese Reisenanstrengungen gegen „26 Mann“ fragten sich die Anwesenden... Auf die Frage, von wo wir die Adressen bekämen, antwortete Fürnberg lakonisch: „Von den Verhörenten.“ Er regte sich sehr auf, als ein Ge-

Aus der Opposition

Linksoptioneller Fortschritt in Leoben

Samstag, den 14. September, hatten wir einen Diskussionsabend einberufen, wo über proletarische Einheitsfronttaktik gesprochen wurde. Genosse L. sprach darüber in einer ausgezeichneten Rede und die Arbeiter pflichteten ihm bei, daß nur über den Weg der proletarischen Einheitsfront der Faschismus geschlagen, der siegreiche Vormarsch des Proletariats eröffnet wird. Zur Diskussion sprachen auch einige Stalinisten, die die «Generallinie» Stalins über den grünen Klee lobten und die gemeinsten Verleumdungen gegen Gen. Trotzki verzapften. Aber auch gegen den Gen. L. spien sie lumpige Schmutzkübeln aus, obwohl alles Lüge und Verleumdung ist. Gen. L. widerlegte die Anschuldigungen und wies sie auf das energischste zurück. Nun kamen die Stalinisten außer Rand und Band und wollten eine Schlägerei inszenieren, was aber bei den Arbeitern auf heftigen Widerstand stieß. Nur dem Einwirken auf die Arbeiter durch Gen. J. verdanken es die Stalinisten, daß sie nicht unsanft an die Luft gesetzt wurden.

Wir sagen den Genossen von der Stalin-Fraktion: Wenn Ihr unsere Diskussionsabende besuchen wollt, dann müßt Ihr Euch in Zukunft anständig benehmen, ansonsten sind wir genötigt, Euch den Zutritt zu verweigern. Den Helden Buxbauer aber machen wir besonders aufmerksam, in Zukunft seine Plattenbrüdermanieren zuhause zu lassen. Denn seinen Radau werden wir uns in Zukunft nicht mehr bieten lassen.

nosse es wagte, ihm zu widersprechen. (Diesen Genossen hat er deshalb „strafweise“ einige Tage später aus der Partei ausgeschlossen.) Er schloß sein Referat damit, daß nur die schlechtesten, unbrauchbarsten Elemente zur Linksoption kämen und bei ihr blieben, die besten Elemente aber zurückkämen...

Wir werden über den zweiten Abend berichten, an dem Fürnberg seine Dichtungen verzapfen will über die österreichische Entwicklung.

Antwort an die Hexmänner

Mit dem Maul sucht die Stalin-Bürokratie die KPÖ (Opposition) möglichst klein zu machen, in Wirklichkeit hat sie vor ihr die größte Angst. Erst vor paar Wochen hat sie eine große Kampagne gegen die Opposition veranstaltet und jetzt richtet sie schon wieder eine neue Kampagne gegen sie, nicht nur in der Partei, sondern auch in der Arbeiterwelt. In der Führerkonferenz der AW am 16. September stützte sich Hexmann wieder auf mich. Er sagte, ich hätte an die Partei den Brief geschrieben, worin ich um Wiederaufnahme „gewinnelt“. Ich habe tatsächlich an das ZK geschrieben und vorgeschlagen, die Fragen, die mir angefallen waren, gerecht zu untersuchen, und habe dargelegt, mit welchen verabscheuungswürdigen Methoden die Kora und Co. gegen mich persönlich vorgehen, unbekümmert der Folgen für die Organisation. Das war zu einer Zeit, da ich noch fest an die Gerechtigkeit glaubte, da ich noch überzeugt war, daß die Partei Schädlinge und Saboteure nicht halten wird. Ich habe in dem Brief dagegen energisch protestiert, daß die „Rote Fahne“ als Grund meines Ausschlusses aus der Arbeiterwelt „unproletarisches Verhalten“ angeführt hat, anstatt „politische Differenzen“ anzugeben. Wenn es nämlich Arbeiter wagen, an der Richtigkeit der „Generallinie“ zu zweifeln, an der Stalin-Bürokratie Kritik zu üben, dann werden sie ausgeschlossen, und zwar mit denselben Methoden von der Partei- und der AW-Leitung. Es ist nur die Frage, wie lange es noch gelingen wird, die richtige Auffassung der Mitgliedschaft niederhalten zu können. Denn immer größere Teile der Mitglieder rebellieren, vereinzelt schon ganz offen, gegen die Leitung. Er herrscht die Ruhe vor dem Sturm, die der Partei von der Bankrottspolitik der Stalin-Bürokratie befreien wird. Ganz so wie die sozialdemokratischen Führer sich in der Bagatelisierung gegenüber den Kommunisten überließen, genau so suchen die Stalin-Beamten unsere Bewegung zu bagatelisieren, obwohl ihnen bereits die Knie vor Angst schon schlottern. Oder soll das Referat Hexmanns gegen uns ein Zeichen der Stärke sein? Nein, ihr Stalin-Helden, ihr fühlt nur zu gut eure Schwäche, darum klammert ihr euch an Gewalt und Generalstreik. ...

Karl Schlosser.

Wir kommen an den Diskussionsabenden nicht zusammen, um zu streiten, sondern um im Interesse des proletarischen Klassenkampfes zu wirken.

Ortsgruppe Leoben der KPÖ (Opposition).

- Bezirksorganisation XII/V. Jeden Freitag abends: Gasthaus Kirchner, XII., Rosalia-gasse Nr. 11.
- Bezirksorganisation XVI. Jeden Freitag abends: Gasthaus Kraus, XVI., Hasnerstraße 50.
- Bezirksorganisation XVIII. Jeden Donnerstag, 8 Uhr, im bekannten Lokal.
- Bezirksorganisation XXI. Jeden Freitag abends im Gasthaus Renda, XXI., Brünnerstraße 51.
- Bezirksorganisation Graz: Auskünfte, Zuschriften an die Arbeiter-Stimmen werden entgegengenommen jeden Donnerstag 7 bis 8 Uhr abends, im Kommunekler Eggenberg, Rotheigasse 52.

Briefkasten

Burgenland. Der Kampf der T.-Fraktion geht lediglich um den bloßen Wechsel der Personen unter Beibehaltung der stalinischen Linie. Daß damit der Partei nicht geholfen werden kann, haben wir schon zur Genüge gezeigt. Auf darauf haben wir schon hingewiesen, daß die burgenländische „Arbeiter- und Bauernstimme“ sich von der Sozialdemokratie fast gar nicht abgrenzt, eine Abgrenzung von der SP. auch gar nicht sucht, einen Kampf gegen SP. nicht führt. Daß sie das fortsetzt, obwohl wir darauf hingewiesen, ist gewiß auffallend.

Eigentümer: Kommunistische P. Österreichs (Opposition). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße Nr. 23a. — Verantwortlicher Redakteur: Mag. Süßwisch, Wien, XVI., Sautergasse 27. — Druck: elmas, Wien, VII.